



# Bündnis 90/DIE GRÜNEN

## Ortsverband Schmallingenberg

Grundsatzprogramm für die Kommunalpolitik

15. Juni 2020 (V0)

auf Basis der eingebrachten Inhalte der Mitglieder des Ortsverbandes  
und der Diskussion der Programmgruppe am 9.6.20

Korrektur Klimaziele, 11. Februar 2021 (V1)

# GRÜNES Schmallingenberg

lebenswert

nachhaltig

weltoffen

global denken, lokal handeln:

## Klimaschutz jetzt!

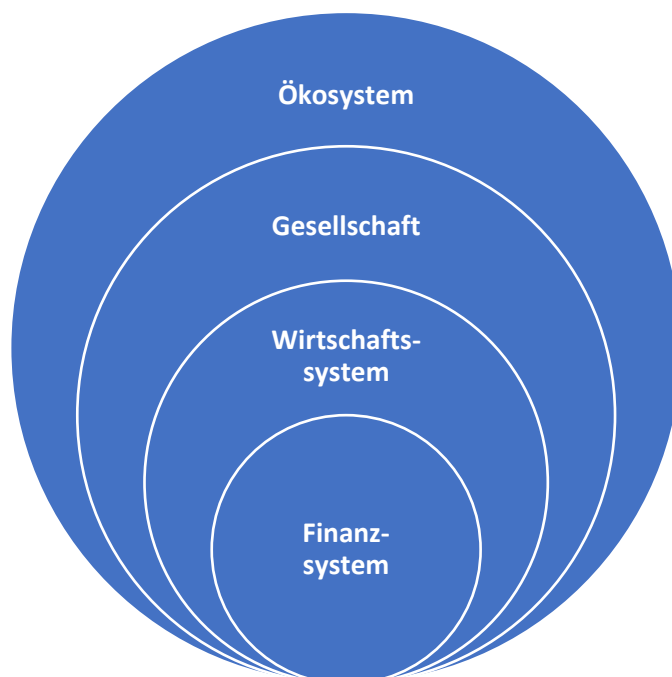
## Inhalt

|     |  |    |
|-----|--|----|
| 1   | Einführung.....                                    | 3  |
| 1.1 | Denken und Handeln in Systemen .....               | 3  |
| 1.2 | Nachhaltigkeit: Global denken, lokal handeln ..... | 4  |
| 2   | Klima und Energie .....                            | 5  |
| 3   | Mobilität und Verkehr .....                        | 9  |
| 4   | Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz.....       | 11 |
| 5   | Gesundheit, Soziales und Bildung.....              | 13 |
| 6   | Wirtschaft .....                                   | 19 |
| 7   | Kultur und Freizeit .....                          | 21 |
| 8   | Bürgerbeteiligung und Ehrenamt .....               | 22 |

## 1 Einführung

### 1.1 Denken und Handeln in Systemen

Wir GRÜNEN verstehen politisches Denken und Handeln systembezogen. Dabei ist jedes Teilsystem in übergeordnete Systemzusammenhänge eingebettet, die die Ressourcen für die darunterliegenden Teilsysteme bestimmen: Diese sind von den Ressourcen abhängig, aber bestimmen sie auch wesentlich mit.



Politik versucht das Handeln in jedem Teilsystem zu regeln. Dabei ist in jedem Teilsystem fachbezogene Sachkenntnis gefragt: Umweltpolitik kann Sozialpolitik ebenso wenig ersetzen, wie Sozialpolitik Wirtschaftspolitik oder Wirtschaftspolitik Finanzpolitik. Gleichzeitig sollte Teilsystem-Politik immer übergeordnete Systemzusammenhänge berücksichtigen. So ist eine Finanzpolitik ohne Blick auf die Gesamtwirtschaft ebenso abzulehnen, wie eine Wirtschaftspolitik ohne Blick auf die Gesellschaft oder eine Sozialpolitik ohne Blick auf die Umwelt.

## 1.2 Nachhaltigkeit: Global denken, lokal handeln

Systemisches Denken und Handeln umfasst auch die Ebenen politischer Organisation. Nachhaltigkeit kann in Zeiten der Globalisierung nur erreicht werden, wenn Politik globale Ziele formuliert. Die politische Umsetzung kann jedoch nur auf der Ebene erfolgen, auf der die Handlungsverantwortung geregelt ist. Deshalb ist es für alle Politikthemen aus GRÜNER Sicht entscheidend, eine Position mit Blick auf das Ganze zu formulieren, um auf den jeweiligen Handlungsebenen im Sinne des Gesamtsystems kompetente Entscheidungen zu treffen. Damit erteilen wir als GRÜNE jeder Art von Einzelinteressen, von Aus- und Abgrenzung und von systemschädigender Teilvorteilsnahme eine klare Absage.

Im Folgenden sind zentrale Punkte GRÜNER Politik dargestellt. Dabei steht jeweils zu Beginn die allgemeine Positionierung (wofür steht GRÜNE Politik?), dann folgt eine Aufzählung eigenverantwortlich anzugehender Handlungsaspekte (was können wir selbst tun?) und schließlich kommunalpolitisch anzugehende Ziele (was wollen wir wie kommunalpolitisch erreichen?).

Die kommunalpolitische Arbeit hat zum Ziel, auf konkreter lokaler Ebene eigenes Handeln nach den dargestellten Grundsätzen zu erleichtern oder erst möglich zu machen. Darüber hinaus können wir uns als GRÜNER Ortsverband zu verschiedenen Themen auf Kreis- oder Landesebenes, aber auch auf Bundes- oder EU-Ebene demokratisch abgestimmt positionieren und in die entsprechenden GRÜNEN Gremien auf allen Ebenen einbringen.

## 2 Klima und Energie

### **Wofür steht GRÜNE Politik?**

Wir leben in einer Zeit, in der die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels immer deutlicher spürbar sind - auch bei uns im Stadtgebiet von Schmalleberg. Gleichzeitig sind wir bei **sofortigem** Handeln als globale Gesellschaft **jetzt noch** in der Lage, den Klimawandel und damit die negativen Auswirkungen wie Temperaturextreme, Dürren, Niederschlagsdefizite, Starkniederschlagsereignisse, Meeresspiegelanstieg oder Artensterben und die direkt daraus entstehenden negativen Konsequenzen für das gewohnte Leben auf der Erde deutlich zu begrenzen. Ein Abwarten und Verschieben eines konsequenten Handelns auf folgende Generationen ist nicht mehr möglich! Im Besonderen müssen befürchtete Kippunkte, wie das Auftauen des Permafrostbodens, die Störung der ozeanischen Zirkulation im Nordatlantik oder das Schmelzen des Grönländischen Eisschildes, verhindert oder zumindest reduziert werden.

Wir sehen dabei alle lebenden Generationen in der Pflicht, denn das erforderliche Umsteuern ist nur möglich, wenn ein gesamtgesellschaftliches Umdenken stattfindet. Als Industrieland ist Deutschland aktuell etwa für 2 % der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen direkt verantwortlich, obwohl wir nur etwa 1 % der Erdbevölkerung darstellen. Damit liegt Deutschland an sechster Stelle der größten CO<sub>2</sub>-Emittenten.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, nicht auf andere Länder wie China, die USA oder Indien zu zeigen, sondern selbst Verantwortung in unserer Region zu übernehmen und unsere Treibhausgasemissionen sofort deutlich zu reduzieren. Indem wir eine Vorreiterrolle übernehmen und ein positives Beispiel für andere Regionen und Länder darstellen, können sich einerseits vielfältige Chancen für unsere innovativen Unternehmen als Technologievorreiter ergeben und sich andererseits eine Hebelwirkung zur Reduktion von Treibhausgasemissionen durch Übernahme unserer Konzepte durch andere Regionen und Länder entwickeln. Dabei setzen wir darauf, die erforderlichen Veränderungen als Chance für jede\*n Einzelne\*n zu begreifen und nicht als Verlust oder Verbot von alten Gewohnheiten.

Zurecht haben die jungen Menschen von *Fridays For Future* weite Teile der Bevölkerung an ihre Verantwortung für zukünftige Generationen erinnert und weltweit besseren Klimaschutz eingefordert. Wir finden: auch Kinder und Jugendliche, die oft noch kein Wahlrecht haben, haben eine politische Vertretung verdient, die ihre Interessen schützt und für ein enkel-

taugliches Gemeinwesen eintritt. Die Jugend hat das Recht ohne Zukunftsangst, sondern mit Lebensfreude und Zuversicht aufzuwachsen.

### **Was können wir selbst tun?**

Je nachdem, ob man Mieter\*in, Hauseigentümer\*in, Angestellte\*r, Unternehmer\*in usw. ist, ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten für jede\*n Einzelne\*n, das Klima zu schützen.

Nachfolgend werden nur einige wichtige Möglichkeiten genannt:

#### **Konsumverhalten**

- regionale und saisonale Lebensmittel kaufen
- fair gehandelte, biologische Produkte kaufen
- Konsumgüter bevorzugen, die regional hergestellt wurden
- unnötigen Konsum und Abfall vermeiden
- tierische Produkte bewusster konsumieren
- Reiseverhalten selbstkritisch überprüfen (Fernreisen reduzieren) und an den Vorstellungen von Nachhaltigkeit ausrichten

#### **Haushalt**

- Stoßlüften und kein Dauer-Kipplüften
- Reduktion von Raumtemperaturen um 1°C spart zwischen 5–7 % Energie
- Dauerduschen vermeiden
- nicht benutzte Geräte/Beleuchtung und Standby-Verbraucher abschalten
- Einsatz von effizienter LED-Beleuchtung ohne Mehreinsatz
- Wäsche in der Sonne trocknen, nicht im Trockner
- reparieren statt wegwerfen

#### **Gebäude**

- Maßnahmen an der Gebäudehülle wie Gebäudedämmung, Fensterersatz etc.
- Einsatz effizienter Heiztechnik und Kontrolle des effizienten Betriebes
- Einsatz erneuerbarer Energieträger für Heizung und Warmwasser
- Optimieren der Anlagentechnik durch hydraulischen Abgleich, Einsatz effizienter Pumpen etc.
- Erzeugung erneuerbarer Energie durch Photovoltaik oder Solarthermie

### **Was wollen wir kommunalpolitisch erreichen?**

Agieren statt reagieren! Die Stadt Schmallingenberg soll nicht mehr nur von gesetzlichen Regelungen im Energiebereich getrieben werden, sondern darüber hinaus eigene Initiativen und Maßnahmen vorantreiben.

Mit dem „Integrierten Kommunalen Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept“ (IKKK) aus dem Jahr 2008 hat die Stadt Schmallingenberg das Ziel ausgegeben, bis 2020 eine CO<sub>2</sub>-Einsparung von 33 % (Basis 2006) über diverse Projekte zu erreichen. Tatsächlich wurde das Konzept nicht dauerhaft weiterverfolgt, sodass aktuell untersucht werden muss, wo die Stadt hinsichtlich dieses Zieles steht.

Aufgrund des steigenden Bewusstseins der Menschen für den Klimaschutz sehen wir die bisherige klimapolitische Rückständigkeit in Schmallingenberg mit zunehmender Zeit als Standortnachteil. Insbesondere für den wichtigen Wirtschaftszweig Tourismus, aber auch zur Attraktivitätssteigerung für junge Menschen, die in Schmallingenberg bleiben oder für Schmallingenberg zurückgewonnen werden sollen, wird es immer wichtiger, Tradition mit Zukunft und verantwortlichem klimapolitischem Handeln zu vereinen.

Insbesondere aufgrund der ab 2021 geltenden CO<sub>2</sub>-Preise sollen Investitionsentscheidungen unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Klimabilanz, also auf Basis von CO<sub>2</sub>-Emissionen und Lebenszykluskosten getroffen werden und nicht mehr nur auf Basis der Investitionskosten. Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist es also zunehmend nachhaltig, unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden.

In Anlehnung an das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 verfolgen wir das **Hauptziel der Klimaneutralität bis 2035**. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Schmallingenberg sollen dabei im Vergleich zu 2006 (188.000 t für Verkehr Strom und Wärme) bis 2035 um 100 % auf null reduziert werden.

Um dieses Hauptziel zu erreichen, werden wir uns für die folgenden Maßnahmen einsetzen:

- Einführung einer **Klimaampel als Grundlage für Ratsbeschlüsse**. Sämtliche klimarelevante Ratsbeschlussvorlagen werden von der Verwaltung mit rot (klimaschädlich obwohl klimafreundlichere Alternativen vorliegen), orange (Einsparung von klimaschädlichen Emissionen gegenüber dem gegenwärtigen Zustand, jedoch kein ausreichender Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität), oder grün (Klimaneutral, bzw. umsetzbare Lösung mit der geringsten negativen Klimaauswirkung) gekennzeichnet

- **Feststellung, wo Schmalleberg** hinsichtlich des Einsatzes von Energieträgern und CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu 2006 **heute steht**
- Ableitung eines **aktuellen Konzeptes** aus dem IKKK von 2008, in welchen Sektoren die CO<sub>2</sub>-Einsparungen erreicht werden können
- Konsequente Überprüfung der **städtischen Gebäude auf Energieeffizienz** und zeitnahe Umsetzung der identifizierten Verbesserungsbedarfe
- Einführung eines einfachen **Energiemanagements** zur Überwachung und Bewertung des Energieverbrauchs
- konsequente **Umstellung** der Wärmeerzeugungsanlagen der städtischen Gebäude auf **erneuerbare Energieträger**, falls ein Ersatz ansteht
- Ausweisung von **Vorrangzonen für die Windkraft**, um den Ausbau voranzutreiben und dabei eine „Verspargelung“ des Schmalleberger Sauerlandes zu vermeiden
- **Anpassung der Gestaltungssatzungen** für die Ortskerne, sodass auf allen geeigneten Dachflächen Photovoltaikanlagen und Solarthermieanlagen errichtet werden können
- wiederholte Prüfung sämtlicher städtischer Dach- und Freiflächen auf die Eignung zur Erstellung von Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung
- Nutzung von klimaneutralem Ökostrom in allen kommunalen Einrichtungen
- Entwicklung und Unterstützung von **Wärmekonzepten für alle Ortschaften** und Gebiete unter Einbeziehung der Bevölkerung und der Nutzung von erneuerbaren Energieträgern, vorzugsweise Holz aus der Region
- Öffnung des **Energie- und Klimabeirates** für Fachpersonen und Bürger\*innen, die sich mit einbringen, zuhören oder mitdiskutieren wollen. Festlegung von klaren Aufgaben für den Energie- und Klimabeirat wie die Kontrolle der Einhaltung der festgelegten Klimaschutzziele. Aufgrund der Dringlichkeit muss ein regelmäßiger Sitzungsturnus festgelegt und die Öffentlichkeit zeitnah über die Beschlüsse informiert werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass den Einwohner\*innen und Unternehmen durch Veranstaltungen **Informationen** zu aktuellen Fördermöglichkeiten, technischen Lösungen, aber auch weiteren Möglichkeiten, wie z.B. dem Anpflanzen von Bäumen, zur Verfügung gestellt werden, um Entscheidungsfindungen zu erleichtern und zu beschleunigen.
- Der Wintersport war in den letzten warmen Wintern auf dem Schmalleberger Gebiet nicht oder nur sehr kurz möglich. Wir müssen uns hier auf die veränderten



Klimabedingungen einstellen und nach Alternativen zum Wintersport suchen. Aus städtischen Haushaltsmitteln sollen künftig weder Anlagen noch Betrieb zur Kunstschneeerzeugung unterstützt werden.

### 3 Mobilität und Verkehr

#### **Wofür steht GRÜNE Politik?**

Moderne Fortbewegung braucht vielseitige Fortbewegungsarten, d.h. eine intelligente, ressourcenschonende Verknüpfung der Transportmittel. Um die Chancen eines facettenreichen Verkehrs voll ausschöpfen zu können, bedarf es Mut und Weitsicht.

Um den öffentlichen Personennahverkehr attraktiv zu machen, muss das ÖPNV-Netz weiter optimiert werden. Gerade die noch schwierige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im ländlichen Raum wird uns zukünftig begleiten und erfordert eine gute Zusammenarbeit zwischen Politik und „Anbieter\*innen“.

#### **Was können wir selbst tun?**

- Nutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrrad
- Flüge und Autofahrten vermeiden, wenn immer möglich
- Fahrgemeinschaften bilden, z.B. für Arbeitswege
- Einkäufe vor Ort erledigen, dadurch werden Transportwege reduziert und der Einzelhandel vor Ort unterstützt
- Umstellen von fossilen Verbrennungsmotoren auf emissionsarme und klimafreundliche Antriebe
- Kleine und leichte Fahrzeuge gemäß dem tatsächlichen Bedarf gegenüber großen Fahrzeugen bevorzugen

#### **Was wollen wir kommunalpolitisch erreichen?**

Wir wollen, dass die knappen finanziellen Mittel im Mobilitätsbereich vermehrt zugunsten der Fußgänger\*innen, des Radverkehrs sowie des ÖPNV umgeschichtet werden.

Der Fokus der Mobilitätswende ist auf den Berufs-, Schüler\*innen- und Einkaufsverkehr zu richten. Hier sind das stärkste Potenzial und die größte Bereitschaft für einen Umstieg auf den ÖPNV zu finden. Linienführung und Taktungen sind noch stärker an die Bedürfnisse des Berufsverkehrs und der Schüler\*innen anzupassen. Vor allem für die große Zahl der Berufspendler\*innen sind kommunale und überregionale Angebote zu schaffen sowie

bestehende Angebote zu optimieren. Dazu müssen wir gemeinsam mit den Nachbargemeinden auf die Verkehrsverbünde zugehen.

- Wir setzen uns für bessere Verbindungen mit den Bahnstationen in Altenhudem und Meschede auch abends und an den Wochenenden ein.
- Neben der Nutzung der Busse für den Schulbetrieb gilt es, Ortschaften gerade für die Generation 60+ erreichbar zu gestalten.
- Neben dem kostenlosen ÖPNV für Schüler\*innen und Auszubildende fordern wir eine Solidarkarte für finanziell Benachteiligte. Für Vielfahrer\*innen fordern wir das 183 Euro-Jahresticket.

Für alle künftigen neuen Baugebiete sollen eine gute Nahversorgung und eine gute ÖPNV-Anbindung ebenso gewährleistet sein wie die Schaffung ausreichender und an den Bedürfnissen der Kinder orientierter Spielflächen.

Da der PKW-Individualverkehr in unserem ländlichen Raum auch zukünftig eine große Rolle spielen wird, unterstützen wir einen technologieoffenen Umstieg auf erneuerbare, ressourcenschonende und möglichst emissionsarme Antriebsarten.

- Wir setzen uns für den Ausbau von Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität an öffentlichen Plätzen und städtischen Einrichtungen, Schulen und Kindergärten, für Besucher\*innen und Mitarbeiter\*innen ein.
- Wir unterstützen unsere Unternehmen, Geschäfte, Hauseigentümer\*innen und Mieter\*innen bei der Umstellung auf die Elektromobilität durch gezielte Informationsangebote.

Nicht zuletzt aufgrund der mittlerweile breiten Präsenz von Elektrofahrrädern ist das Fahrrad für immer mehr Menschen auch über Ortsgrenzen hinweg zu einer echten Alternative zum Auto geworden. Wir unterstützen diese Entwicklung mit dem Ausbau der Fahrradinfrastruktur, um das Radfahren sicherer zu machen. Wir setzen uns ein für:

- überdachte Fahrradabstellplätze mit Sicherungsmöglichkeiten in zentralen Bereichen und an den Bushaltestellen der Hauptverbindungen
- öffentliche Lademöglichkeiten für Elektrofahrräder
- Markierung von Fahrradstreifen in den viel befahrenen Bereichen, wo keine Radwege vorhanden sind
- weiterer Ausbau des Radwegenetzes (Umsetzung bereits vorhandener Planungen)

## 4 Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz

### **Wofür steht GRÜNE Politik?**

In Zeiten fortschreitender Flächenversiegelung und des Artensterbens in Flora und Fauna ist der Erhalt ökologisch wertvoller Flächen wichtiger als je zuvor. Die Versiegelung von Flächen muss im Hinblick auf den Schutz der Biosphäre und des Wasserhaushalts stark reduziert werden. Versiegelungen sind in allen Bereichen der Stadt wo immer möglich zu vermeiden oder auf das Notwendigste zu reduzieren. Immer neue Baugebiete trotz schrumpfender Bevölkerung sind auf Dauer nicht mehr haltbar, deshalb sollte mehr Augenmerk auf die Nutzung leerstehender Häuser gelegt werden.

Vorhandene Naturflächen sollen vorrangig für eine ökologisch sinnvolle Nutzung zur Verfügung gestellt werden, z.B. für die Schaffung von Lebensraum für bedrohte Arten, als Wildblumenwiese für Insekten, als Magerwiesen oder für die ökologische Landwirtschaft. Flächen, die nicht genutzt werden, sollen entsiegelt und so für die natürliche Versickerung von Regenwasser und die Nutzung als natürlicher Lebensraum zur Verfügung stehen.

Die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln sollte ausschließlich dem Pflanzenschutz dienen und auf das notwendige Minimum reduziert werden. Wege und Plätze sind von einer Anwendung toxischer Produkte auszunehmen. Gärten, Felder und Wälder sind so zu bewirtschaften, dass eine ausreichende Diversität gewährleistet ist, um Massenvermehrungen von Schädlingen zu erschweren. Insbesondere der Ausbau der ökologischen Forstwirtschaft in städtischen Wäldern wird angestrebt.

Holz als regionaler Rohstoff soll im Rahmen einer zukunftsorientierten Forstwirtschaft Material für ökologisches Bauen und energetische Nutzung sein. Der Anbau und die Entnahme müssen aber im Einklang mit dem Schutz des Ökosystems Wald erfolgen.

### **Was können wir selbst tun?**

- Verzicht auf Pflanzenschutzmittel im eigenen Garten und auf eigenen Wegen
- Einkauf regionaler und saisonaler Lebensmittel, wenn möglich ökologisch produziert
- Organisation in einer Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi)<sup>1</sup>
- Abwägen/Vergleich hochwertiger Produkte zum angemessenen Preis statt kritiklose Nutzung von Billigangeboten

### **Was wollen wir kommunalpolitisch erreichen?**

---

<sup>1</sup> Vertrag einer Abnehmergemeinschaft mit einem Landwirt, für einen monatlichen Festbetrag einen Anteil der Ernte abzuholen. Art und Vielfalt des Anbaus werden gemeinschaftlich beschlossen

- Ausweisung weiterer FFH-Gebiete<sup>2</sup> (im Green Deal der Europäischen Kommission wird eine Fläche von 30 % für Flächen analog natura 2000<sup>3</sup> gefordert)
- Einrichtung eines Nationalparks Rothaargebirge
- Aufwertung von kommunalen Rest- und Randflächen durch die gezielte Aussaat von regional gewonnenen Gräser- und Wildkräutermischungen, bei ausreichender Größe Anlage von Streuobstwiesen
- Verringerung der Pflege von Rest- und Randflächen (seltener mähen), um ein Aufblühen von Wildkräutern zu ermöglichen. Kompletter Verzicht auf Pestizideinsatz
- Hecken- und weitere Gehölzpflanzungen für eine strukturreichere Kulturlandschaft. Aufschüttung von Totholzhecken (Benjeshecken) als Unterschlupf für Kleintiere und als Naturverjüngung von Gehölzen.
- Erstellung und Instandhaltung eines Insektenlehrpfades in Zusammenarbeit mit örtlichen Schulen und der Biologischen Station HSK. Neben dem Bau von Insektenhäusern gehört hier insbesondere die Aussaat spezieller Wildkräuter dazu, auf die bestimmte solitär lebende Wildbienen spezialisiert sind.
- Bestehende Versiegelungen sind, wo immer möglich, aufzubrechen.
- Im Sinne einer verbesserten Kreislaufwirtschaft ist das Müllkonzept der Stadt Schmallingenberg zu optimieren. Dies gilt für Komposterzeugung und Grünschnittverwertung ebenso wie für eine Verbesserung von Wertstoff- und Sperrmüllannahme und Verwertung. Verschiedene Ansätze der Sichtung und Sortierung durch einheimische Institutionen sollten dazu konzeptionell eingebunden werden.
- Die kommunale Beschaffung soll die Nachhaltigkeit von Produkten stärker berücksichtigen (z.B. Recyclingpapier)
- Zur Versorgung mit frischen regionalen Lebensmitteln streben wir an, Projekte der Solidarischen Landwirtschaft (SOLAWI) zu fördern, etwa über Vernetzungsarbeit (digitale Kommunikation), oder die Organisation von Anlauf- und Verteilungsstellen.
- Milchprodukte in Schulen und Kitas aus regionaler ökologischer Produktion

---

<sup>2</sup> Die **Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie** (92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen) hat zum Ziel, wildlebende Arten, deren Lebensräume und die europaweite Vernetzung dieser Lebensräume zu sichern und zu schützen. Die Vernetzung dient der Bewahrung, (Wieder-)herstellung und Entwicklung ökologischer Wechselbeziehungen sowie der Förderung natürlicher Ausbreitungs- u. Wiederbesiedlungsprozesse.

<sup>3</sup> **Natura 2000** ist ein zusammenhängendes Netz von [Schutzgebieten](#) innerhalb der [Europäischen Union](#), das seit 1992 nach den Maßgaben der FFH-Richtlinie errichtet wird.

## 5 Gesundheit, Soziales und Bildung

### **Wofür steht GRÜNE Politik?**

Grüne Politik steht für die Zukunft einer solidarischen Gesellschaft („Einigkeit“, „Brüder(=Geschwister)lichkeit“), die Umwelt- und soziale Gerechtigkeit („Recht“, „Gleichheit“) pflegt, dezentral eigenverantwortet („Freiheit“) handelt, und dabei belastbar vernetzt organisiert ist.

### **Gesundheit**

Die medizinische Grundversorgung ist möglichst wohnortsnah sicherzustellen. In der Corona-Krise werden die Konsequenzen einer primär wirtschaftlichen Bewertung des Gesundheitswesens deutlich: Die Beispiele der erzwungenen Sparmaßnahmen in Südeuropa, die zu regionalen Zusammenbrüchen unter dem Druck von Pandemien führen, sollten uns lehren, unser eigenes Gesundheitssystem nicht weiter zu schwächen und die Gesundheitsversorgung europäisch zu denken. Unser Freizeit- und Mobilitätsverhalten wird vergleichbare Pandemien immer wahrscheinlicher machen. Ein staatlich besser unterstütztes Gesundheitswesen wird erheblich niedrigere Kosten verursachen als die Versuche, durch starke Regulationsmaßnahmen die beschränkten Behandlungsmöglichkeiten zu kompensieren.

### **Kinder, Jugend und Familie**

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Chancengerechtigkeit für alle Geschlechter erfordern ein Angebot zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen, welches eine vielfältige Generation von Erfahrungen ermöglicht. Familienarbeit in der eigenen und in anderen Familien wird durch eine von der Erwerbsarbeit unabhängige Existenzsicherung erleichtert und um potenzielle Kreativität erweitert.

### **Bildung und Schule**

GRÜNE Bildungspolitik steht für Bildungsgerechtigkeit und lebenslanges Lernen. Voraussetzung sind gut ausgestattete Bildungseinrichtungen für eine selbstbestimmte Teilhabe am Leben. Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, dass alle Schüler\*innen, ob mit oder ohne Behinderung, unabhängig von der Einkommensstärke ihrer Eltern, ihrer Herkunft, Religionszugehörigkeit, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung die gleichen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an unserer Gesellschaft bekommen. Wir unterstützen Bestrebungen von Schulen, die Ganztagsangebote an Schulen weiter auszubauen und Ganztagsklassen einzurichten, bei denen Unterricht, Erholungsphasen, Zeit

für soziales Miteinander, selbständiges Lernen und Bewegung über den ganzen Tag verteilt sind.

Wir wollen eine altersgerechte Stärkung des Selbst- und Handlungsbewusstseins bereits in Kindergärten, Schulen und Jugendhäusern gewährleisten. Hierbei muss vermittelt werden, dass das Erleben von Gewalt nicht selbstverschuldet ist. Darüber hinaus müssen Wege aus der Gewalt und zu Achtung und Akzeptanz aller aufgezeigt werden, um das Wesen unserer demokratischen Grundordnung zu verstehen (Gewaltprävention, Mediation).

### **Ein gutes Leben im Alter**

Ein immer größerer Anteil unserer Bevölkerung befindet sich im Rentenalter. Das darf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht erschweren. Ein selbstverständlicher Austausch zwischen den Generationen ist vor allem durch generationsgerechtes und generationenübergreifendes Wohnen möglich. Bei der Planung von Wohnquartieren setzen wir auf altersgemischtes Wohnen. Die Grundbedürfnisse sollen durch Nahversorger vor Ort bedient werden. Orte der Begegnung wie Gemeinschaftsplätze, Cafés oder Kneipen dienen der Begegnung zwischen den Generationen und sind deshalb gerade für ältere Menschen ebenso wichtig für die Pflege sozialer Kontakte, wie eine aktive Einbindung durch Vereine, Wohlfahrtsverbände und kulturelle Einrichtungen. Auch die Förderung einer organisierten Nachbarschaftshilfe kann dazu beitragen, ältere Menschen nicht in Isolation fallen zu lassen; sie wird nicht zuletzt durch eine von der Erwerbsarbeit unabhängige Existenzsicherung erleichtert.

### **Offenheit und Integration**

Klimagerechtigkeit und Solidarität hören für uns nicht an den Grenzen Deutschlands oder Europas auf. Durch die Deutsche Handelsbilanz und die hohe Wertschöpfung aus dem Export deutscher Produkte, die auf Basis gering bezahlter Rohstoffe und Arbeitskräfte aus und in wirtschaftlich schwächeren Erdregionen erzielt wird, sind wir mitverantwortlich für wirtschaftliche Ungleichgewichte, Wirtschaftsinteressen-geleitete Konflikte und den Klimawandel. Damit entsteht auch eine Verantwortung für die Unterstützung europäischer wie außereuropäischer Partnerländer zum Aufbau und zur Stärkung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen, sowie zur Hilfe für Geflüchtete aus Kriegs- und Klimagründen.

Deutschland ist ein historisches Durchzugsland in der Mitte Europas, das immer von der Vielfalt, dem Nebeneinander und der Vermischung von Kulturen profitiert hat. Gleichzeitig hat es die weltweit tiefgreifendste Erfahrung mit den katastrophalen Folgen von Rassenwahn und kulturellem Ausschluss. Wir gehen voran im Aufbau eines immer einiger werdenden

Europa der Vielfalt, welches seine Solidarität mit den Menschen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens nicht vergisst, die seinen Reichtum ermöglicht haben.

### **Was können wir selbst tun?**

- In Gesprächen und Diskussionen mit Freund\*innen, Arbeitskolleg\*innen und auf der Straße, sowie in eigenen Lebensentscheidungen für Eigenverantwortung, Steuer- und Sozialgerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Solidarität eintreten:
- für ein solidarisch finanziertes Gesundheitssystem, welches die gerechte Versorgung aller sicherstellt,
- für eine von der Erwerbsarbeit unabhängige Existenzsicherung, welche familiäres und ehrenamtliches Engagement erleichtert,
- für eine Schule für alle, in der neben fachspezifischem Lernen Solidarität mit Schwächeren, Akzeptanz von Ungewohntem und demokratisches Verhalten gelernt wird,
- für einen Austausch zwischen den Generationen, etwa durch Leben in Mehrgenerationenhäusern, um die Herausforderungen und Bedürfnisse der jüngeren Generation ebenso der älteren zu vermitteln, wie die Erfahrungen und Bedürfnisse der älteren Generation der jüngeren,
- für eine Offenheit gegenüber anderen Lebensformen und Kulturen und deren Akzeptanz, solange diese im Rahmen des Grundgesetzes gelebt werden.

### **Was wollen wir kommunalpolitisch erreichen?**

#### **Gesundheit**

Wir unterstützen alle zweckmäßigen Aktivitäten und Vorschläge, um eine gute ärztliche und pflegerische Versorgung vor Ort sicherzustellen:

- Wir unterstützen die Initiativen zur Gründung eines Hebammen-Notdienstes, damit Frauen wieder eine freie Entscheidung treffen können, wo ihre Kinder zur Welt kommen
- Wir unterstützen den Ausbau des Fachkrankenhauses Kloster Grafschaft und des MVZ Bad Fredeburg, der Tagesklinik und der Ausbildungsmöglichkeiten im Pflegebereich.

### **Kinder, Jugend und Familie**

- Wir wollen die offene Kinder- und Jugendarbeit, wie sie bereits in den verschiedenen Stadtteilen vorhanden ist, unterstützen und stärken, da Treffpunkte für Kinder- und Jugendliche als wesentliche Standbeine der Kinder- und Jugendarbeit einen lockeren Kontakt zwischen Kindern und Jugendlichen mit Sozialpädagog\*innen ermöglichen. Es können sich Vertrauensverhältnisse aufbauen, die bei Bedarf eine niedrigschwellige Hilfe ermöglichen.
- Wir fordern auch konfessionsfreie Beratungsangebote
  - für Schwangere, die sachlich über den weiteren Verlauf der Schwangerschaft und Erziehungszeit, aber auch über die Möglichkeit und Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs informiert werden,
  - für benachteiligte, Eltern über eine aufsuchende Sozialarbeit (Informationsbroschüren etwa bei Kinderärzten und Kitas),
  - für Eltern, die Schwierigkeiten mit der Erziehung Jugendlicher haben („Hilfen zur Erziehung“).

Durch die Erweiterung der Trägervielfalt der Beratungsstellen können Hemmschwellen für Hilfesuchende, aber auch für Beratende abgebaut werden.

- Berufstätige Eltern von Schulkindern benötigen ein verbessertes Kinderferienprogramm vor allem in den Sommerferien. Hier sind vorhandene Angebote (Jugendkunstschule, MUT Sauerland) zu koordinieren, auszubauen und um weitere Möglichkeiten zu erweitern.
- Beim Mittagessen in Kitas und Schulen setzen wir uns für hohe Standards ein. Unsere Kinder sollen sich nicht nur gesund und schmackhaft ernähren können, sondern möglichst mit saisonalen, biologisch und nachhaltig erzeugten Lebensmitteln aus der Region.
- Das flächendeckende Kita-Angebot soll erhalten bleiben. Den Eltern sollen möglichst kurze Wege ermöglicht werden, so dass diese zu Fuß oder per Rad zurückgelegt werden können. Hierdurch können sowohl die Eltern als auch der morgendliche Verkehr entlastet werden. Eine flexible Kinderbetreuung sollte grundsätzlich für alle Kinder gelten, nicht nur für Kinder berufstätiger Eltern.
- Wir unterstützen möglichst niedrige Kita-Beiträge.

### **Bildung und Schule**

- Wir haben uns für den Erhalt der Grundschulen in fast allen Stadtteilen eingesetzt. Auch in Zukunft werden wir in schulorganisatorischen Fragen gemeinsam mit den



Beteiligten vor Ort die für die Kinder, Eltern und Lehrer\*innen beste Lösung suchen. Dabei sollte, stärker als bislang, die pädagogische Expertise der Lehrer\*innen in die Planungen einbezogen werden.

- Unser Schulangebot muss zukunftsorientiert und attraktiv sein, damit Schmalleberger Schüler\*innen in Schmalleberg bleiben.
- Was gute Ernährung ausmacht, sollen unsere Kinder im schulischen Rahmen lernen, indem sie beim Mittagessen mitplanen, einkaufen und zubereiten. Wir fordern einen sozial tragfähigen Betrag für die Mittagessen, damit alle Kinder sich das Mittagessen leisten können. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Kitas und Schulen Beete oder ganze Gärten angelegt werden. So können Kinder und Jugendliche mehr Bewusstsein dafür entwickeln, wo ihr Essen herkommt und wie sie daraus gesunde und leckere Mahlzeiten zubereiten können.
- Wir leben in einer digitalen Informationsgesellschaft und wollen unsere Kinder optimal auf einen selbstständigen und reflektierten Umgang mit Medien vorbereiten. Bildungseinrichtungen müssen Kindern künftig viel mehr und bessere Medienkompetenz vermitteln. Neben einer adäquaten Ausstattung mit digitalen Lern- und Lehrmitteln und kostenlosem Internetzugang für alle Schüler\*innen setzen wir vor allem auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit Medien.
- Lesen gehört zu den elementaren Grundlagen kultureller Bildung. Wir setzen uns daher dafür ein, dass alle Bürger\*innen bequem und kostengünstig Bücher und andere Medien ausleihen können.

### **Inklusion**

Wir wollen die wirkliche Inklusion in Schulen, Kitas, berufsbildenden Schulen und weiteren Institutionen ermöglichen. In diesem Rahmen setzen wir uns für die notwendige Ausstattung in den personellen und sachlichen Bereichen ein:

- genügend Rückzugsräume in Schulen bei Krisensituationen,
- technische Ausrüstung zur Umsetzung der Inklusionsziele,
- ausreichende Schulbegleitungen (Integrationshelfer\*innen), etwa über das „Pool-Modell“

### **Ein gutes Leben im Alter**

- Wir wollen durch organisierten Wohnungstausch oder Wohnungsteilungen vor allem generationsgerechtes und generationenübergreifendes Wohnen fördern.

- Organisierte Nachbarschaftshilfe bedarf ehrenamtlichen Engagements. Dieses sollte professionell angeleitet, unterstützt und koordiniert werden.
- Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums ist auf die Bedürfnisse älterer Menschen Rücksicht zu nehmen. Beispielhaft genannt seien hier Bänke und Sitzgelegenheiten, aber auch eine übersichtliche und gut lesbare Beschilderung.

### **Offenheit und Integration**

Tradition darf die Zukunft Schmallingenbergs nicht behindern. Auch Ungewohntes muss selbstverständlicher toleriert und respektiert werden. Schutzsuchende, Neubürgerinnen und Neubürger, woher auch immer, können frischen Wind in die Stadt bringen und sind herzlich willkommen.

- Wir übernehmen Verantwortung und setzen uns für eine Selbstverpflichtung der Stadt ein, vor allem minderjährige Schutzsuchende über das jeweilige Kontingent hinaus aufzunehmen und zu integrieren. Wir verstehen das nicht nur als Aufgabe, sondern als Chance für ein Schmallingenberg, dessen Bevölkerung schrumpft und das zunehmend unter Arbeitskräftemangel leidet.
- Dazu ist notwendig, nicht auf „Belastungen“ zu reagieren und kurzfristig Wohnraum, Sprach- und Integrationskurse bereitzustellen, um die Angebote dann wieder zurückzufahren, sondern Möglichkeiten vorzuhalten und Schmallingenberg aktiv zu bewerben. Die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen soll allen Geflüchteten, unabhängig vom Status in etwaigen Asylverfahren, Bleibeperspektive oder sonstigen Bedingungen, ermöglicht werden.
- Die Stadt Schmallingenberg soll sich stärker zum Akteur der sozialen Integration entwickeln,
  - indem sie das Engagement ehrenamtlicher Initiativen unterstützt und koordiniert, etwa durch Einbeziehung professioneller Bildungsträger.
  - indem sie Begegnungsangebote zwischen Geflüchteten und Bürger\*innen mit weiterführenden Initiativen fördert, wie zum Beispiel eine „Patenschaft“ mit einem Geflüchteten,
  - indem sie einen Fluchtbeirat einberuft, der die vielfältigen Aspekte der Integration Geflüchteter in das Arbeits- und Sozialleben einer ländlichen Gemeinde einbezieht und strategisch entwickelt.

## 6 Wirtschaft

### **Wofür steht GRÜNE Politik?**

Das Ziel GRÜNER Wirtschaftspolitik ist eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Da nachhaltiges Wachstum eine Illusion ist, geht es um die Verwirklichung einer Klimaxökonomie<sup>4</sup>: Wir steuern hinsichtlich der Tragekapazität unseres Planeten in Anbetracht der menschlichen Population und ihrer Ansprüche auf eine Klimaxsituation zu, die einen Paradigmenwechsel in unserem wirtschaftlichen Denken notwendig macht. Voraussetzung für eine Klimaxökonomie sind intelligente Wertschöpfungsnetze, welche auf Vielfalt und eine Besetzung und Kooperation aller sich bietenden Nischen beruhen. Diese Wirtschaft der Zukunft ist dezentral selbstorganisiert und belastungsfähig, ihre Angebote sind zunehmend individualisiert, qualitativ hochwertig und regional angepasst. Die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien zielt auf die Rohstoff- und CO<sub>2</sub>-neutrale Erzeugung, Verwendung, Reparatur und Recyclierung von Produkten und entsprechend neutrale Dienstleistungen. Die Dominanz und Abhängigkeit von der Automobilindustrie geht absehbar zu Ende – hier bedarf es eines gewaltigen Transformationsprozesses, der auch den weltwirtschaftlich ungesunden Dauerüberschuss in der Leistungsbilanz reduzieren wird. Deutschland ist mit der Struktur seiner mittelständischen Wirtschaft und der Innovationskraft seiner angewandten Forschung dafür gut aufgestellt.

Selbstwirksamkeit ist ein hohes Gut bei der Motivation von Mitarbeitenden in Betrieben. Diese wird gefördert durch eine partizipative Verantwortungskultur bis hin zu genossenschaftlichen Betriebsformen.

### **Was können wir selbst tun?**

- Kaufentscheidungen von Lebensmitteln, Konsumgütern und Investitionsgütern unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit treffen: Ist die Produktion, der Transport und die Produktqualität in Bezug auf die Zeitspanne der Verwendung umweltschonend, sozial verträglich und wirtschaftlich vertretbar?
- Unter Einpreisung notwendiger Sicherheitsstandards sowie des Energie- und Ressourcenverbrauchs sind häufig europäische oder gar regionale Produkte vorzuziehen.

---

<sup>4</sup>Schäfers C, Bette K, Herrmann F, Nawroth G (2019) Alternativen zum Wachstum. In: Neugebauer R (Ed.) Biologische Transformation. Springer Vieweg, Berlin, Heidelberg, 389-409. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-58243-5>. Alternatives to Growth. In: Biological Transformation.

- Vor-Ort-Einkauf und Beauftragung ortsansässiger Handwerker unterstützt die lokale Wirtschaft, verkleinert die Stoffkreisläufe und erhöht die Stabilität dezentraler Wertschöpfungsnetze.
- Im eigenen Betrieb bereit sein, Mitverantwortung zu übernehmen/gewähren.

**Was wollen wir kommunalpolitisch erreichen?**

- Wir setzen uns für den Erhalt unsere Betriebe und gegen eine Verödung der Ortskerne durch Geschäftsschließungen ein. Insbesondere in der jetzigen Situation unterstützen wir die inhabergeführten Geschäfte in unseren Ortskernen durch Unterstützung des Stadtmarketings und die Entwicklung einer Außendarstellung als nachhaltige Einkaufs- und Dienstleistungsstadt
- Dazu sind zusammen mit der Werbegemeinschaft aktuelle Nachhaltigkeitstrends aufzugreifen. Dies betrifft
  - Umsetzungsmöglichkeiten des verpackungsarmen Einkaufs
  - Diskussion über den Anschluss an die Kampagne Fairtrade Towns (unsere Partnerstadt Burgess Hill ist bereits Fairtrade-Town)
- Wir unterstützen die Erweiterung von bestehenden Gewerbeflächen, jedoch erst nach Prüfung, ob brachliegende Gewerbeflächen genutzt werden können. Fläche ist eine Ressource, ihr Verbrauch widerspricht dem Entwicklungsziel.
- Wir freuen uns über zukunftsweisende Ideen der Tourismusbranche, insbesondere im Bereich „Öko-Tourismus“ und unterstützen diese.

## 7 Kultur und Freizeit

### **Wofür steht GRÜNE Politik?**

Vielfalt und Nachhaltigkeit in der Kultur brauchen Förderung. Wir Grüne fördern Kulturangebote für Jung und Alt, klassisch und rockig, gegenständlich und abstrakt, musisch und sportlich. Nachdrücklich unterstützen wir alle Aktivitäten die das Kulturangebot bereichern, egal ob schrill oder still.

### **Was können wir selbst tun?**

- Die vorhandenen Angebote nutzen!
- Sich einbringen, wenn es um die Entwicklung und Einführung neuer Formate geht – Wünsche äußern!

### **Was wollen wir kommunalpolitisch erreichen?**

- Der Erhalt bzw. die Ausweitung der vorhandenen Kneipenkultur und ein interessantes abwechslungsreiches Veranstaltungsangebot.
- Die Zusammenarbeit verschiedener kultureller Träger im Sauerland muss über die Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg angebahnt und koordiniert werden  
Kulturinitiativen in Meschede, Bestwig, Olsberg, Eslohe, Altenhundem und Kirchhundem sind einzubeziehen, Tourismus-Verbände zu verknüpfen und Veranstaltungen gemeinsam zu bewerben.

## 8 Bürgerbeteiligung und Ehrenamt

### **Wofür steht GRÜNE Politik?**

Wir Grünen stehen für Nachhaltigkeit in allen Dimensionen (ökologisch, sozial und ökonomisch) und für die Schaffung von Rahmenbedingungen, in denen Akzeptanz von Vielfalt und demokratische Mitbestimmung gedeihen. Das erfordert eine Vermittlung von sich manchmal widersprechenden Positionen, zugleich aber auch eine Abkehr von vereinfachten Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, hin zur Wahrnehmung der Komplexität der Wirklichkeit. Das ist ein hoher Anspruch, der nur eingelöst werden kann, wenn wir politisches Handeln transparent machen und alle politisch interessierten Bürger\*innen ernst nehmen und zu Wort kommen lassen.

Ehrenamtliche Tätigkeit betrachten wir Grünen als unverzichtbaren Ausdruck von gesellschaftlicher Solidarität. Sie zieht ihre Handlungsmotivation aus der freiwilligen Wahl und eigenverantwortlichen Ausfüllung umwelt- und gesellschaftsrelevanter Aufgaben und ist eine wichtige Stütze der Zivilgesellschaft. Wir erkennen die wertvolle Arbeit von Vereinen und Verbänden bei der Organisation ehrenamtlicher Tätigkeiten an. Ehrenamtliche Tätigkeit darf aber nicht von der Politik als Ersatz für politisches Handeln missbraucht werden, sondern muss, wenn drängende Probleme eine politische Lösung erfordern, politisch und administrativ unterstützt und professionell beraten werden.

### **Was können wir selbst tun?**

- Sich einbringen in Bürgerfragestunden oder Diskussionsforen (z.B. beim GRÜNEN-Stammtisch)
- Sich ehrenamtlich in Politik, Vereinen oder den vielfältigen Aufgaben im sozialen Bereich engagieren.

### **Was wollen wir kommunalpolitisch erreichen?**

- Wir setzen uns für die gesellschaftliche Beteiligung von jungen Menschen im Arbeitskreis „Jugendgerechte Kommune“ ein und unterstützen jede Initiative zur politischen Beteiligung der Jugendlichen.
- Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung fördern wir, indem wir uns dafür einsetzen, dass Ausschuss-, Rats- und Beiratssitzungen per Livestream übertragen und in einer Mediathek zur Verfügung gestellt werden, sodass sich alle Interessierten, zeitlich unabhängig, über den Verlauf der Sitzungen informieren können.

- Mit Blick auf die notwendige Energiewende als Reaktion auf die Klimaerwärmung setzen wir uns für eine stärkere finanzielle Beteiligung von Bürger\*innen ein, etwa für die Umsetzung und den Betrieb von Wärmeversorgungsprojekten (Wärmeverbände) und für Windkraftanlagen. Nach Möglichkeit sollen nicht einzelne Unternehmen von solchen Projekten profitieren, sondern vor allem die am entsprechenden Ort ansässige Bevölkerung.